

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeiger des Deutschen Reiches an. — Erscheint wöchentlich. — Samstag- und Feiertagsausgabe. — Nr. 23.

Redaktionsadresse: Die Redaktion des Auer Tageblatts für das Erzgebirge, am Hauptbahnhof in Chemnitz, Postfach 1000. — Telefon: 1000.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Route: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 6

Donnerstag, den 8. Januar 1925

20. Jahrgang

Beim Zentrum ruht die Entscheidung.

Berlin, 7. Januar.

Die Lösung der Regierungskrise im Reich kann nur von Preußen aus erfolgen; das haben die Auseinandersetzungen der letzten Tage mit großer Klarheit ergeben. Zwar ist die Neubildung einer endgültigen Reichsregierung die dringendste Forderung des Tages: der 10. Januar, dieser verhängnisvolle Termin, der nicht nur für die Frage der Räumung der Röhler Zone, sondern auch der Neugestaltung unserer Handelsbeziehungen zum Ausland so überaus bedeutsam ist, rückt unmittelbar heran und heißt ein mit voller Verantwortung ausgestattetes Kabinett. Aber was schiebt die Deutschnationalen Volkspartei das Lebensinteresse des Reiches! Für sie ist es unendlich viel wichtiger, daß sie ihren Nachfolger nicht, daß sie die langersehnte Ernte in ihre Scheuer einführt. Diese Ernte aber hofft sie in den preussischen Wäldern zu finden und darum lassen die Herren ruhig das Reichschiff hin- und herschwanken, bis die Dinge in Preußen erst in ihrem Sinne geregelt sind.

Wer Preußen hat, hat das Reich! Von diesem Grundsatz ausgehend, lassen die Deutschnationalen die Bildung des neuen Kabinetts Marx, soviel an ihnen liegt, in der Schwebe. Zuvörderst muß in Preußen das Ministerium Braun demissionieren, um einer Reichsregierung Platz zu machen; dann will man im Reich mit sich reden lassen und gnädig das überparteiliche Kabinett hinnehmen, ein Entgegenkommen, das umso rührender wirkt, wenn man bedenkt, daß die Deutschnationalen in diesem Kabinett mit Einschluss des zu ihnen gehörigen Landwirtschaftsministers Grafen Kanitz zum mindesten 3, ja vielleicht sogar 4 Sitze erhalten sollen!

Auf sich selbst gestellt, würde allerdings die Deutschnationalen Volkspartei auch nicht enerviert die Macht besitzen, um solche Ansprüche zu erheben, aber mit einer wirklich anerkanntwertigen Aufopferung leistet ihr die Deutsche Volkspartei dabei alle Hand- und Spanndienste, deren sie nur fähig ist. Im Reich hat sie schon seit einem Jahre die Bildung der großen Koalition, die heute noch mehr als in den früheren Wahlperioden über eine sichere Mehrheit verfügen würde, ungenügend gemacht. Und jetzt ist sie auch in Preußen, um die Taktik ihrer Freunde auf der rechten Seite zu unterstützen, dazu übergegangen, die große Koalition zu zerstören und auf den Rücktritt des Kabinetts Braun hinzuwirken. Sie stützt sich dabei auf Gründe, deren Habenscheinigkeit ihr selbst nicht verborgen sein kann, und die sich auf den ersten Blick als eitle Vorwände darstellen. Denn weder der Wortlaut, noch der Sinn der preussischen Verfassung, noch überhaupt parlamentarische und politische Logik können es rechtfertigen, daß ein Ministerium in dem Augenblick seinen Abschied nimmt, da der Ausfall der Wahlen ihm eine verstärkte Mehrheit zur Verfügung gestellt hat. Indessen die Abhängigkeit der Volkspartei von den Deutschnationalen ist so groß, daß sie den Rücktritt ihrer Minister für den Fall angeklagt haben, daß das preussische Kabinett in seiner Gesamtheit nicht auf den Boden ihrer staatsrechtlichen Anschauungen tritt, sondern eine Demission für unnötig hält. Die Deutsche Volkspartei versichert freilich, daß sie durch die Ankündigung dieses Entschlusses auf die Entscheidung des Kabinetts gar keinen Druck ausüben wollen. Wenn das zutrifft, dann beweist das, daß selbst die Parteifreunde der Herren v. Richter und Dr. Voelker der Meinung sind, das Ministerium Braun könne auch ohne diese beiden Herren vor den neuen Landtag treten und in dieser Gestalt abwarten, ob sich eine Mehrheit für ein etwaiges Misträuenstimmum gegen Braun zusammensindet.

Soweit also die Deutsche Volkspartei! Ein mehreres zu tun, ist für den gegenwärtigen Moment ausgeschlossen: ob ihre Quersäge die erhoffte Wirkung haben, das hängt nicht von ihr, sondern einzig und allein vom Zentrum ab, das jetzt eine überaus wichtige Entscheidung, mit der es die politische Entwicklung im Reich wie in Preußen unter Umständen auf lange Zeit hinaus zu beeinflussen imstande ist, in seiner Hand trägt. Hält in Preußen die nach dem Ausscheiden der Deutschen Volkspartei übrig gebliebene kleine Koalition, die nichts anderes als die Weimarer Koalition ist, fest zusammen, dann verfährt das jetzige Ministerium, selbst wenn keine von den kleineren Parteien hinzutreten sollte, über 222 von 450 Landtagsstimmen, also nahezu über die Majorität, während auf der anderen Seite neben dem völkerechtlich-Deutschnationalen Block eine Anzahl von kleineren, zusammenhanglosen Gruppen steht, die — abgesehen vielleicht von den Kommunisten — wohl kaum bereit sein werden, durchweg die Interessen dieses Blocks wahrzunehmen. Bleibt aber in Preußen das Ministerium Braun bestehen, so ist es mehr als fraglich, ob die Deutschnationalen sich schließlich doch zu einem überparteilichen Kabinett im Reich freundlich stellen werden. Schließlich dies nicht, so müßte eine ganz andere

Auswahl der Reichsminister vorgenommen werden, als dies Marx ursprünglich im Sinne hatte. Ueber alles dies entscheidet das Zentrum, je nachdem es in Preußen auf die eine oder die andere Seite tritt. Was aber wird das Zentrum tun? Es ist Tradition bei dieser Partei, daß sie endgültige Entschlüsse nur erst in dem Moment trifft, wenn diese Entschlüsse sich in die Tat umsetzen müssen. So wird es auch diesmal gehalten: die Beratung des Kabinetts Braun über die Frage, ob Demission oder nicht, findet allerdings bereits am Dienstagabend statt, aber die Zentrumsfraktion tritt erst am Mittwoch früh zu einer Sitzung zusammen, deren Ergebnis dann wahrscheinlich für die vom Zentrum innezuhaltende Politik maßgebend sein wird. Die Würfelfallen also erst am Mittwoch. So ist es auch zu verstehen, daß unter ausschlaggebender Mitwirkung des Zentrums der Preussische Landtag nicht schon am Mittwoch, sondern erst am Donnerstag wieder zusammentritt. Inzwischen muß man sich daran halten, daß das führende Zentrumsbüro, die „Germania“, am Mittwoch morgen erklärt hat, „daß verfassungsrechtlich und hinsichtlich der tatsächlichen Ergebnisse der Dezemberwahlen der Standpunkt der richtige ist, den die Zentrumsführer Porsch und Gerold in der Besprechung bei dem Ministerpräsidenten angenommen haben“, d. h. der Standpunkt, daß für den Rücktritt des preussischen Kabinetts keine Notwendigkeit vorliegt.

Das Zentrum ist viel zu klug, um nicht zu erkennen, welche Bedeutung es für seine Geltung, ja auch für seinen unverfälschten Bestand haben würde, wenn es diese Auffassung nun doch ausgibt. Nur darauf sei verwiesen, daß nach Erfüllung der deutschnationalen Aspirationen in Preußen das überparteiliche Kabinett im Reich noch mehr den Charakter eines Reichskabinetts tragen würde, das von den Demokraten nach deren konsequenten Haltung vor- und nach den Dezemberwahlen nicht unterstützt werden könnte. Bisher aber hat das Zentrum Abstand genommen, in eine offenbare Reichsregierung einzutreten, zu der die übrigen Parteien, die die Weimarer Verfassung mitgeschaffen haben, in Opposition stehen. Sollte eine Partei, die unter der Fahne schwarz-rot-gold den Wahlkampf siegreich bestanden hat, sich jetzt zum Genossen der Koalition schwarz-weiß-rot hergeben?

Sprengung der Großen Koalition in Preußen durch die Deutsche Volkspartei.

Berlin, 6. Januar. Das preussische Staatsministerium hat in seiner heutigen Sitzung, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, gegen die Stimmen der beiden völkerechtlichen Minister beschlossen, nicht zurückzutreten. Daraufhin haben die Minister Dr. Böllig und von Richter ihren Austritt aus dem Kabinett erklärt.

Reichskanzler Marx drängt.

Berlin, 6. Jan. Wie wir hören, hat Reichskanzler Marx heute in Besprechungen mit den Fraktionsführern die Absicht geäußert, auf eine schnelle Lösung der Regierungskrise zu dringen. Er werde morgen in neuen Verhandlungen eine endgültige Entscheidung der Deutschnationalen verlangen.

Heute Parteiführerbesprechung.

Berlin, 7. Jan. Der preussische Ministerpräsident Braun wird heute eine Besprechung mit den Führern der jetzt noch dem Austritt der Deutschen Volkspartei die preussische Regierungskoalition bildenden Parteien haben. Von der Entscheidung der Zentrumsfraktion, die heute zu einer Sitzung zusammentritt, wird die fernere Haltung des Zentrums und damit die Frage abhängen, ob das Kabinett Braun auch ohne Beteiligung der Deutschen Volkspartei in Tätigkeit bleiben wird, oder ob in Preußen ebenso wie im Reich eine Regierungskrise ausbrechen wird.

Demokratische Anträge im Reichstag.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Sitzung am Montag eine Reihe von Initiativanträgen besprochen, die von einzelnen ihrer Mitglieder vorbereitet waren und ihrer Einbringung zugestimmt. Zunächst beschäftigte sich die Fraktion mit den Fragen, die durch den Kutscher- und Baromat-Skandal aufgeworfen sind. Dabei kam das Verlangen gewisser zuständiger Stellen bei der Vergebung von Krediten und die große Erregung zur Sprache, die nicht zuletzt in den Kreisen des Mittelstandes und der Industrie herrscht. Diese Kreise haben in der zurückliegenden Zeit auf das empfindlichste unter der Kreditnot gelitten, die sicherlich durch die vorhandenen öffentlichen Gelder, die an jene Konzerne gegeben worden sind, in gewissem Umfang hätten gemildert werden können. Die Fraktion beschloß daher, einen Antrag einzubringen, in dem die Reichsregierung aufgefordert wird, die ihrer Verwaltung unterstehenden öffentlichen Gelder (der Post, der Privat-

versicherung und anderer) lediglich durch Vermittlung der Reichsbank den wirklich kreditwürdigen und -bedürftigen Kreisen zuzuführen. — Außerdem beschloß die Fraktion noch folgende weitere Anträge einzubringen:

Antr. Parisot: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, umgehend das Reichshandelsgesetz vorzulegen.“

Antr. Dr. Kälig, Dietrich: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der bevorstehenden Revision der Steuererhebung des Reiches darauf Bedacht zu nehmen, daß das Steuererhebungsrecht der Länder und Gemeinden unter Wiederherstellung ihrer finanziellen Selbstverantwortlichkeit gegenüber dem Reich organisch abgegrenzt und auf eine sichere rechtsrechtliche Grundlage gestellt wird.“ — Der Antrag ist dadurch veranlaßt worden, daß das Reich aus bitterstem Selbsterhaltungstrieb heraus in der hinter uns liegenden Zeit oft gezwungen gewesen ist, Steuerquellen restlos für sich auszuheben, die sonst der Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden zur Verfügung standen. Er bezweckt die Wiederherstellung der finanziellen Selbständigkeit der Länder und Gemeinden, die augenblicklich nur Kostgänger des Reiches sind.

Antr. v. Robau, Rönneburg, Koch: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, baldigst ein Bodenreformgesetz nach dem Entwurf des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Reichslandwirtschaftsministerium vorzulegen.“ — Es handelt sich hier um einen Gesetzentwurf, den alle an der Lösung der Bodenfrage interessierten Kreise seit Jahren fordern. Da die Reichsregierung den fertig vorliegenden Entwurf bisher nicht eingebracht hat, so will die demokratische Reichstagsfraktion durch ihren Antrag versuchen, eine Entscheidung dieser Frage endlich herbeizuführen.

Antr. v. Aders, Koch: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, das Reichsgesetz für Jugendwohlstand unverzüglich in seiner ursprünglichen Fassung wiederherzustellen.“

Antr. Schult, Koch: „Der Reichstag wolle beschließen, folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen: Entwurf eines Gesetzes zur Aufhebung des Besoldungsperrgesetzes. Art. 1. Das Gesetz zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Besoldung vom 21. Dezember 1920 (Besoldungsperrgesetz, R.Ges. S. 2117) nebst Ergänzungen wird aufgehoben. Art. 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.“

Der Wirtschaftsvertrag mit Frankreich.

Trendelenburg nach Berlin gerufen.

Berlin, 6. Januar. Das Reichskabinett beschäftigte sich heute mittag in mehrstündiger Sitzung, an der auch die zuständigen Referenten des Reichswirtschaftsministeriums teilnahmen, mit den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen. Da das Kabinett sich im Hinblick auf die heute in Berlin eingetroffenen Vorschläge wegen eines Provisoriums für die Zeit nach dem 10. Januar über die außerordentliche Tragweite des zu treffenden Beschlusses klar war, entschied es sich dahin, zunächst von Regierungswegen nicht Stellung zu nehmen. Das Kabinett sagte den Vorschlag, den Führer der deutschen Delegation in Paris, Staatssekretär Trendelenburg nach Berlin zu berufen, um mit ihm die Sachlage zu klären. Die entscheidende Kabinettsitzung dürfte am Donnerstag in Berlin stattfinden. Staatssekretär Trendelenburg reist heute abend von Paris ab.

Die deutsche Delegation demittiert.

Paris, 6. Januar. Die deutsche Wirtschaftsdelegation demittiert die Meldung eines Pariser Morgenblattes, wonach von deutscher Seite gestern unter Hinweis auf den Beschluß der Verbündeten, Köln nicht zu räumen, erklärt wurde, es wäre nicht erwünscht, die Wirtschaftsverhandlungen vorläufig fortzusetzen. Diese Mitteilung ist vollständig erfunden. Die Besprechungen dauern zur Zeit noch fort.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

Berlin, 6. Januar. Am Dienstag begannen in Berlin die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Es besteht auf beiden Seiten nicht die Absicht, einen Handelsvertrag abzuschließen, sondern lediglich ein Provisorium zu schaffen, das nach den Grundfragen gegenseitiger Weltbewirtschaftung die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern für die nächsten Monate regeln soll.

Zur Räumungsfrage.

Deutschland verlangt nähere Angaben von den Alliierten.

Berlin, 7. Januar. Ueber die Frage der Räumung Deutschlands auf die Note der Episkopatkonferenz in der Räumungsfrage verlautet, von den Alliierten würden bestimmte Angaben über die in der Note erwähnten angeblichen Verfehlungen verlangt werden. Reichsminister Dr. Stresemann wird heute die Parteiführer von der Stellungnahme des Reichskabinetts in der Räumungsfrage unterrichten. Sobald die in der deutschen Antwortnote geforderten bestimmten Angaben der Alliierten eingetroffen seien, soll der auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammenberufen werden.